

# IWH-Pressemitteilung 44/2013

Halle (Saale), den 17. Dezember 2013



Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle

## Nach dem EU-Beitritt stoppt die Annäherung der mittel- und osteuropäischen Länder an die EU-Normen

**In der neuesten Ausgabe Ihres „Transition Report“ warnt die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) vor einer Stagnation des ökonomischen Aufholprozesses in den mittel- und osteuropäischen Ländern und macht hierfür auch nicht zu Ende geführte institutionelle Reformen verantwortlich. Die Ergebnisse einer Studie, die das IWH im Rahmen eines EU-Forschungsprojektes\* durchgeführt hat, bestätigen diesen Befund und weisen auf die Herausbildung von Ländergruppen hin, deren institutionelle Annäherung an die EU auf ähnlichem Niveau verharrt (regionale Konvergenz-Clubs).**

Die IWH-Studie untersucht die Dynamik der institutionellen Konvergenz von 1990 bis 2010 in 20 postsozialistischen Ländern, darunter in den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten. Die institutionelle Angleichung der neuen Mitgliedstaaten an die EU-Normen wird als Grundlage für ein schnelleres Wachstum und damit für die wirtschaftliche Konvergenz in der EU angesehen. Die Analyse basiert auf einer multivariaten statistischen Auswertung der acht „Transition Indicators“ der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD).

Die Studie zeigt auf, dass die institutionelle Annäherung der neuen EU-Mitgliedstaaten an die europäischen Normen bis zu deren EU-Beitritt in den Jahren 2004 bzw. 2007 voranschritt, seit ihrem Beitritt zur EU jedoch zunehmend stagniert. Einige der untersuchten Institutionen entfernen sich sogar wieder vom europäischen Standard. Zudem scheinen die neuen EU-Mitgliedstaaten in wenig veränderlichen regionalen Ländergruppen, so genannten institutionellen Konvergenz-Clubs, „festzustecken“.

Die Ursachen für die jüngsten Tendenzen zu institutioneller Stagnation bzw. sogar zu Divergenz sind bei der Entwicklung der institutionellen Reformen insbesondere in den Bereichen der Wettbewerbspolitik, der Umstrukturierung der Unternehmen, den Wertpapiermärkten und Nicht-Bank-Finanzinstitutionen zu suchen.

\* Basis sind Arbeiten im Projekt GRINCOH (Growth – Innovation – Competitiveness: Fostering Cohesion in Central and Eastern Europe), das von zwölf wissenschaftlichen Einrichtungen aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter dem IWH, im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU durchgeführt wird. Vgl. <http://www.grincoh.eu>.

### Veröffentlichung:

GRUŠEVAJA, M.; PUSCH, T.: Im Fokus: Nach dem EU-Beitritt stoppt die institutionelle Konvergenz in den mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel, Jg. 19 (6), 2013, 112-116.

### Sperrfrist:

18. Dez. 2013,  
13:00 Uhr

### Pressekontakt:

Stefanie Orphal  
Telefon:  
+49 345 7753 720  
E-Mail:  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

### Ansprechpartnerin:

Marina Gruševaja  
Telefon:  
+49 345 7753 720  
E-Mail:  
[mga@iwh-halle.de](mailto:mga@iwh-halle.de)

### Politische Ressorts:

Bundeswirtschaftsministerium (BMWi), Auswärtiges Amt (AA)

### Wissenschaftliche

#### Schlagwörter:

Europäische Union, Mittel- und Osteuropa, institutionelle Konvergenz, Transition Indicators

### Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,  
D-06017 Halle (Saale)

Tel.: +49 345 7753 60  
Fax: +49 345 7753 820  
<http://www.iwh-halle.de>

**Wissenschaftlicher Ansprechpartnerin:**

Dr. Marina Gruševaja

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: [Marina.Grusevaja@iwh-halle.de](mailto:Marina.Grusevaja@iwh-halle.de)

**Pressekontakt:**

Stefanie Orphal

Tel.: +49 345 7753 720, E-Mail: [presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

**Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)** erforscht Prozesse der Transformation von Institutionen und Märkten sowie die wirtschaftliche Integration in Europa. Diese Leitfragen werden aus der Perspektive der Makroökonomik, der Strukturpolitik und mit Blick auf die Rolle der Finanzsysteme bearbeitet. Das IWH liefert wissenschaftlich fundierte Beiträge zur aktuellen Wirtschaftspolitik. Dabei schlägt das IWH die Brücke von der Theorie zur Praxis mit dem Ziel, Wirtschaftspolitik empirisch zu fundieren. So ist das Institut Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt, und Partner eines europäischen Forschungskonsortiums zur Untersuchung der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa (7. Forschungsrahmenprogramm der EU).

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbstständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Sozial- und Raumwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).